

# Inhaltsübersicht

	Seite
Problemstellung und Abgrenzung des Themas	1
1. Kapitel Die aktienrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Grundlagen der Problematik des Minderheitenschutzes im faktischen Konzern	
I. Die Stellung der Aktionäre, insbesondere der Minderheitsaktionäre in der Aktiengesellschaft	7
1. Die Aktionäre als dominante Bezugsgruppe des Aktiengesetzes	7
2. Die Stellung der Minderheitsaktionäre	9
a) Der Begriff der Minderheitsaktionäre	9
b) Die Minderheiten als heterogene Interessengruppe	13
II. Die Stellung des faktischen Konzerns innerhalb der aktienrechtlichen Systematisierung der "verbundenen Unternehmen"	19
1. Die Systematisierungskriterien der "verbundenen Unternehmen"	19
a) Beteiligung und Unternehmensverträge als Grundlage von Unternehmensverbindungen	20
aa) Die Beteiligung als Element des Unternehmensverbundes	20
bb) Unternehmensverträge als Elemente des Unternehmensverbundes	22
b) Das Beherrschungs- und Abhängigkeitsverhältnis als Form des Unternehmensverbundes	23
c) Die einheitliche Leitung als bestimmendes Kriterium des Konzerns	25
aa) Gleichordnungs- und Unterordnungskonzern	29
bb) Faktischer Konzern und Vertragskonzern	32

	Seite
2. Die Vorstellungen des Gesetzgebers über die Ausübung der einheitlichen Leitung im faktischen Konzern	39
a) Die Bestimmung des Leitungsumfanges	39
aa) Der Leitungsumfang im faktischen Gleichordnungskonzern	39
bb) Der Leitungsumfang im faktischen Unterordnungskonzern	41
b) Die Bestimmung der Leitungsorgane	43
III. Die Stellung des Konzerns in der Betriebswirtschaftslehre	48
1. Die Lehre von der Unternehmung als allgemeiner Rahmen der Konzernbetrachtung	50
a) Die Unternehmung als ökonomisches Sozialsystem	50
b) Das Problem der einheitliche Leitung (Zielbildung und Zieldurchsetzung) in betriebswirtschaftlicher Sicht	53
2. Die Besonderheiten des Konzerns als Großunternehmen	56
3. Das Werben um die Minderheitsaktionäre als Notwendigkeit zur Sicherung der Unternehmung	63
IV. Zusammenfassende Darstellung der Diskrepanzen zwischen aktienrechtlicher und betriebswirtschaftlicher Konzernaufassung und deren Konsequenzen für den Minderheitenschutz	64
1. Diskrepanzen im Bereich der allgemeinen Konzernvorstellung	64
2. Diskrepanzen im Leitungsbereich	66
2. Kapitel Der Minderheitenschutz im faktischen Konzern durch allgemeine Schutznormen des Aktiengesetzes	
I. Die Vermögensrechte	72
1. Der Gewinnanspruch	73
2. Das Bezugsrecht	78
3. Der Auflösungserlös	79
II. Die Mitverwaltungsrechte	80
1. Das Teilnahmerecht der Aktionäre an der Hauptversammlung als Voraussetzung der Mitverwaltungsrechte	80

	Seite
a) Die Einberufung der Hauptversammlung und die Ankündigung der Tagesordnung	81
b) Das Stimmrecht	82
c) Das Auskunftsrecht	83
2. Die unmittelbaren Mitverwaltungsrechte	84
3. Die mittelbaren Mitverwaltungsrechte	86
a) Die direkten Kontrollrechte	86
b) Die indirekten Kontrollrechte	86
aa) Die Bestellung und Abberufung des Aufsichtsrates	87
bb) Die Bestellung und Abberufung der Jahresabschluß- prüfer	90
cc) Die Bestellung und Abberufung der Sonderprüfer	94
c) Die gesetzlichen Sanktionsrechte	96
aa) Die Geltendmachung von Ersatzansprüchen	96
bb) Die Nichtigkeits- und Anfechtungsklagen	98
III. Abschließende Beurteilung des Minderheitenschutzes durch für alle Aktiengesellschaften geltende Minderheitenrechte	99
<hr/>	
3. Kapitel Der Minderheitenschutz im faktischen Konzern durch allgemeine Schutznormen des Konzernrechts	
I. Die generelle Möglichkeit allgemeinverbindlicher Konzernnormen	103
II. Allgemeine Normen für den von einer Unternehmung geleiteten Konzern	103
1. Die Konzernrechnungslegung	104
2. Die Mitteilungspflicht der §§ 20 und 21 AktG	106
3. Einschränkung der personellen Verflechtung	106
III. Abschließende Beurteilung des Minderheitenschutzes durch allgemeine Schutznormen des Konzernrechts	107

	Seite
4. Kapitel Der Minderheitenschutz im faktischen Konzern durch spezielle Schutznormen des Konzernrechts	
I. Der Bericht des Vorstandes über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen	109
1. Umfang und Inhalt des Berichts über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen	110
a) Die einzubeziehenden Unternehmen	110
b) Art und Umfang der berichtspflichtigen Vorgänge	114
aa) Die Begriffe Maßnahmen und Rechtsgeschäfte	115
bb) Die Begriffe Veranlassung und Interesse	116
c) Die Ermittlung von Leistung und Gegenleistung sowie der Vor- und Nachteile bei den berichtspflichtigen Vorgängen	119
d) Die Ausgleichspflicht nach § 311 AktG	120
2. Die objektiven Grenzen bei der Erstellung des Berichts über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen	123
a) Die Ermittlung der berichtspflichtigen Vorgänge	123
b) Die Beurteilung der berichtspflichtigen Vorgänge	124
3. Die subjektiven Grenzen bei der Erstellung des Berichts über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen	129
II. Die Prüfung des Berichts über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen durch externe Prüfungsinstanzen	131
1. Der gesetzliche Prüfungsauftrag nach § 313 AktG	131
a) Gegenstand der Prüfung	131
b) Umfang der Prüfung	133
2. Die objektiven Grenzen bei der Prüfung des Berichts über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen	139
a) Der Ist-Objekt-Ermittlungsprozeß	139
b) Der Soll-Objekt-Ermittlungsprozeß und Fehlerfeststellungsprozeß	141
c) Der Beurteilungsprozeß	141
aa) Die Beurteilung betrieblicher Einzelentscheidungen	142
bb) Die Beurteilung des Ausgleichsanspruches	145

	Seite
3. Die subjektiven Grenzen bei der Prüfung des Berichts über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen	148
III. Die Prüfung des Berichts über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen durch den Aufsichtsrat	150
1. Der gesetzliche Prüfungsauftrag nach § 314 AktG	150
2. Die objektiven Grenzen bei der Prüfung des Berichts über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen	151
3. Die subjektiven Grenzen bei der Prüfung des Berichts über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen	153
IV. Die für den faktischen Konzern geltenden speziellen Haftungs- normen	154
1. Die Haftung der herrschenden Unternehmung und deren gesetzliche Vertreter	154
a) Die Haftung gegenüber der abhängigen Unternehmung	154
b) Die Haftung gegenüber den Aktionären der abhängigen Unternehmung	159
2. Die Haftung der Verwaltungsmitglieder der abhängigen Unternehmung	160
a) Die Haftung gegenüber der Unternehmung	160
b) Die Haftung gegenüber den Aktionären	161
3. Das Kostenrisiko der Aktionäre bei der gerichtlichen Geltendmachung der Ersatzansprüche	162
V. Die Sonderprüfung nach § 315 AktG	164
VI. Beurteilung des Minderheitenschutzes im Rahmen des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen	167
Schlußbetrachtung	173
Literaturverzeichnis	187
Abkürzungsverzeichnis	VI